



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin
TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019
INTERNET www.bmi.bund.de
DATUM Juni 2018

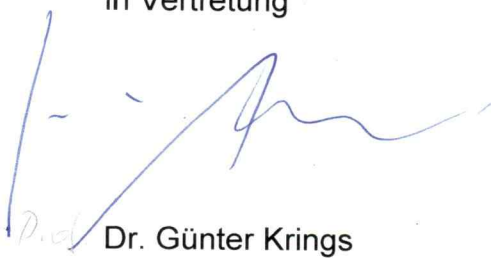
BETREFF **Schriftliche Frage Monat Juni 2018**
HIER Arbeitsnummer 6/284

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die
beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung


Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof
Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko

vom 25. Juni 2018

(Monat Juni 2018, Arbeits-Nr. 6/284)

Frage

Auf welche Weise könnte die geheimdienstliche Counter Terrorism Group (CTG) aus Sicht der Bundesregierung mit der Polizeiaгентur Europol wie geplant ‚im Rahmen der Mandate und der rechtlichen Möglichkeiten‘ bei der Entfernung von Internetinhalten, der Gesichtserkennung und der Bekämpfung des Menschenhandels vertieft zusammenarbeiten (Meine Schriftliche Frage vom 18. Juni 2018, Arbeits-Nr. 6/207; bitte die technischen und organisatorischen Möglichkeiten, wie sie auf EU-Ebene diskutiert werden, skizzieren) und auf welche Datenbanken oder Analysedateien (etwa das Schengener Informationssystem nach Artikel 36 SIS-Ratsbeschluss oder Europol-Dateien) hat das Bundesamt für Verfassungsschutz über das Bundeskriminalamt (BKA) als national zuständige Behörde für Deutschland (indirekten) Zugriff?

Antwort

Mögliche Formen der Zusammenarbeit in den drei Bereichen Menschenhandel, Internet Referral Unit und Europolis „facial recognition“-Kapazität, die am 5. Juni 2018 im Rahmen der Sitzung des Rates für Justiz und Inneres der EU als mögliche Kooperationsfelder für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen der Counter Terrorism Group (CTG) und Europol genannt wurden, werden zwischen der CTG und Europol noch weiter erörtert. Konkrete Ergebnisse, etwa zu technischen und organisatorischen Möglichkeiten, liegen noch nicht vor. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat seine diesbezüglichen Prüfungen noch nicht beendet. Der Bundesregierung liegen über weitere Diskussionen auf EU-Ebene zu den in der Frage genannten Themen keine Informationen vor. Auf die Antwort auf Ihre Schriftliche Frage 6/207 vom 18. Juni 2018 wird verwiesen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat über das Bundeskriminalamt (BKA) als national zuständige Behörde (jenseits der in § 17 Absatz 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes genannten – indirekten - Ausschreibungsmöglichkeit) keinen Zugriff auf Datenbanken oder Analysedateien, etwa das Schengener Informationssystem oder Europol-Dateien.